

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Elke Reinke, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

Auswirkungen des Programms zur Berufsorientierung

Mit ihrer Qualifizierungsinitiative, so die Bundesregierung, sollen Bildungschancen in allen Lebensbereichen gestärkt werden. Die Regierung konzentriert sich hierbei auf Initiativen, Modellprojekte, Praktika, Schnupperkurse und andere eher kurzfristige Maßnahmen. Neuestes Projekt ist das „Programm zur Berufsorientierung“: „Im Rahmen eines Praktikums können interessierte Jugendliche in einer überbetrieblichen Bildungsstätte oder einer ähnlichen Einrichtung verschiedene Ausbildungsberufe kennenlernen“ (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung – BMBF – vom 28. März 2008). „Die Praxis steht dabei im Vordergrund“ betont das BMBF in seiner Pressemitteilung weiter, dabei können die Jugendlichen „aktiv erleben [...], welcher Beruf Spaß und Freude vermitteln kann und welche Anforderungen gestellt werden.“ Das Ziel des Programms wird vom BMBF wie folgt angegeben: „Dadurch erreichen wir eine niedrigere Schulabbrecherquote und gleichzeitig mehr Jugendliche, die erfolgreich eine Ausbildung abschließen“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund, dass die Praktika nur zwei Wochen Dauer haben sollen und die Jugendlichen effektiv nur drei Tage in jeden Beruf hineinschnuppern können, scheinen die von der Bundesregierung mit der Maßnahme verbundenen Ziele ehrgeizig gewählt zu sein. Auch die Ausrichtung der Maßnahmen in einer Bildungsstätte wirft Fragen zur betonten Praxisnähe des Programms auf. Hierüber hinaus ist in der öffentlichen Darstellung bislang nicht eindeutig beantwortet worden, inwieweit alle hierdurch entstehenden Kosten (Fahrt-, Essens- und ggf. Übernachtungskosten) durch das BMBF getragen werden oder den Teilnehmenden zur Last fallen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Haben alle „interessierten Jugendlichen“ einen Rechtsanspruch auf ein zweiwöchiges Praktikum im Rahmen des betrachteten Programms?
Wenn nein, welche Auswahlkriterien und Teilnahmezahlen sind vorgesehen?
2. a) Ist das Programm ausschließlich auf Schülerinnen und Schüler beschränkt?
b) Gibt es eine Beschränkung auf bestimmte Klassen- oder Altersstufen?
3. a) Welche Form der Fortführung des „Programms zur Berufsorientierung“, welches als ein auf drei Jahre befristetes Pilotprojekt angelegt ist, plant die Bundesregierung, und mit welcher Sicherheit geht sie von einer Fortführung aus?

- b) Wie sollen bei Fortführung des Programms zukünftig die Fragen des Rechtsanspruchs auf einen Teilnahmeplatz, die Finanzierung der Praktika, die Aufwandsentschädigung für die Jugendlichen sowie die anderen Bedingungen geregelt werden?
4. a) Was konkret versteht die Bundesregierung unter dem Ziel, das Programm „langfristig von Bundesmitteln unabhängig“ zu betreiben?
b) Welche zusätzlichen Finanzquellen könnten nach Auffassung der Bundesregierung für das Programm erschlossen werden?
5. Welche Finanzströme sind im Rahmen der Förderung der Berufsorientierungspraktika insgesamt vorgesehen?
6. a) Wer kann die entsprechenden Förderanträge stellen, und wie lange sind hierfür die Bearbeitungszeiten?
b) Welche Kriterien werden bei der Förderbeantragung geprüft?
c) An wen sollen Gelder ausgezahlt werden?
d) Für welchen Zeitrahmen wird eine Förderung bewilligt?
7. Welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Berufsorientierungspraktika sind geplant?
8. Was versteht die Bundesregierung unter „interessierten Jugendlichen“ (vgl. Pressemitteilung des BMBF), und wie möchte sie insbesondere jene Jugendlichen erreichen, die sich bisher nicht für eine Berufsausbildung interessiert haben?
9. a) Ist geplant die Jugendlichen durch Werbekampagnen und/oder ähnliche Maßnahmen auf das Programm aufmerksam zu machen?
b) Soll hierfür mit anderen Institutionen, Vereinigungen und Unternehmen als dem Bundesinstitut für Berufsbildung zusammengearbeitet werden, wenn ja, welche sind hierfür bereits vorgesehen oder werden in Erwägung gezogen?
10. Ist in den angegebenen jährlichen geplanten Ausgaben von 15 Mio. Euro für dieses Programm ein Posten für Werbe- und Informationsmaterial und -veranstaltungen vorgesehen, und wenn ja, in welcher Höhe?
11. a) Sollen Fahrtkosten und andere Aufwendungen durch das Praktikum den Jugendlichen erstattet werden?
b) Würde dies potentiell auch Übernachtungen in der Nähe oder in der jeweiligen Bildungsstätte beinhalten?
12. a) In welchem Rahmen kann nach Auffassung der Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt in jedem Jahr mehr Personen eine Berufsausbildung anstreben als Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, durch das Programm erreicht werden, dass „mehr Jugendliche [...] erfolgreich eine Ausbildung abschließen“ (vgl. Pressemitteilung des BMBF)?
b) Wie möchte die Bundesregierung das von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zur Verkündung des Programms ausgegebene Ziel, „dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt“, mit diesem Programm erreichen, wenn dieses Jahr (wie bereits die Jahre davor schon) die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber auf einen Ausbildungsplatz die Zahl der angebotenen Plätze voraussichtlich deutlich übersteigen wird?

13. Welche Informationen und Bewertungen soll das Abschlusszertifikat enthalten?
14. a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Jugendlichen in einer Bildungsstätte in den wenigen Tagen, die je Beruf zur Verfügung stehen, „aktiv erfahren“ können, welcher „Beruf Spaß und Freude vermitteln kann“ oder „welche Anforderungen gestellt werden“?
b) Würde die Bundesregierung zustimmen, dass insgesamt in der Schule eine Stärkung der Berufsorientierung sinnvoller wäre?
15. a) Wie erhofft sich die Bundesregierung durch das Kurzpraktikum die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss zu reduzieren?
b) Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die fünf häufigsten Ursachen für einen Schulabbruch ohne Abschluss (bitte mit jeweiligem Anteil und getrennt nach Schulart)?

Berlin, den 21. April 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

